

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

Beginn der Sitzung:	20.00 Uhr
Vorsitz:	Ilg-Lutz Christiane, Präsidentin
Protokoll:	Krzesinski Uwe, Sekretär
Stimmzähler:	Joss Rosmarie Müller Philipp Wolf-Miranda Catalina
Anwesend:	33 Mitglieder
Abwesend:	
Behördenvertreter:	Müller Otto, Stadtpräsident Balbiani Jean-Pierre, Vizepräsident Bachmann Roger, Stadtrat Brunner Roger, Stadtrat Illi Heinz, Stadtrat Schären Rolf, Stadtrat Tonini Esther, Stadträtin
Entschuldigt:	Burri Erich R. Burtscher Rochus Spahn Samuel
Weibeldienst:	PS Gander David

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

Mitteilungen

- a) Die Kleine Anfrage von Max Wiederkehr betreffend Erweitern der Sitzplätze in der Abdankungshalle wurde vom Stadtrat am 7. April 2014 beantwortet.
- b) Die Interpellation von Samuel Spahn und 9 Mitunterzeichnenden betreffend Kronenareal, Zehntenscheune, Alter Bären, wurde vom Stadtrat am 14. April 2014 beantwortet.
- c) Die Kleine Anfrage von Philipp Müller betreffend von der Sozialhilfe bezahlte Fitnessabonnemente wurde vom Stadtrat am 22. April 2014 beantwortet.
- d) Beim Sekretär liegt eine neue Unterschriftenliste auf. Die Mitglieder des Gemeinderates werden gebeten, diese im Anschluss an die Sitzung zu unterzeichnen.
- e) Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Donnerstag, 12. Juni 2014, statt
- f) Der Gemeinderatsausflug findet am 6. September 2014 statt. Die Mitglieder des Gemeinderates werden gebeten, sich das Datum zu reservieren. Eine schriftliche Einladung folgt.

Protokoll

Zum Protokoll vom 10. April 2014 gingen zwei Berichtigungsanträge von Rochus Burtscher und Anton Kiwic ein.

Traktandenliste

Das Traktandum 5 (Beantwortung Interpellation von Erich R. Burri und 14 Mitunterzeichnenden betreffend Städtisches Mitteilungsblatt) wird wegen Abwesenheit von Erich Burri von der Traktandenliste genommen.

Weiter werden keine Änderungen zur Traktandenliste gewünscht.

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

GV4.321.9. Traktandenlisten, Einladungen, Termine

Fragestunde vom 22. Mai 2014

Peter M. Wettler (SP) stellt folgende Frage:

Wie weit sind die Verhandlungen mit dem Flughafen betreffend Abflugregime über das Limmattal gediehen?

Stadtpräsident Otto Müller beantwortet die Frage wie folgt:

Das Abflugregime wird vom Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) über den Sachplan Infrastruktur Luftfahrt bestimmt. Als Partner des Bundesamtes tritt für den Kanton Zürich die Volkswirtschafts-
direktion auf. Diese wird in diesem Prozess von den Bezirken - und nicht von den einzelnen Gemein-
den - beraten. In der konsultativen Konferenz Flughafen Zürich ist der Bezirk Dietikon durch den
Gemeindepräsidenten von Oetwil a.d.L sowie den Dietiker Stadtpräsidenten vertreten.

Die Gemeinden des Bezirks Dietikon haben ein Positionspapier erarbeitet mit Hinweisen zur Be-
deutung des Flughafens, einer Befürwortung des Staatsvertrages mit Deutschland, sowie zur Ver-
schiebung einzelner Abflugrouten mit einer gerechteren Verteilung des Lärms. Dieses Position-
papier wurde gegen aussen kommuniziert.

Anlässlich der nächsten Gemeindepräsidentenkonferenz vom Juni wird das Thema erneut traktan-
diert, mit dem Ziel, ein Schreiben an die Zürcher Regierung zu senden.

Peter M. Wettler (SP) hält fest, dass er nicht gegen den Flughafen sei. Aber der Abfluglärm soll ge-
rechter verteilt werden.

GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines

Fragestunde vom 22. Mai 2014

Peter M. Wettler (SP) stellt folgende Frage:

Wann ist mit einer Beantwortung der Baudirektion der Beschwerden betreffend Moorschutz im SLS-
Gebiet zu rechnen? Welcher Schiedsspruch ist zu erwarten?

Stadtpräsident Otto Müller beantwortet die Frage wie folgt:

Aufgrund der Moorschutzverordnung des Bundes aus dem Jahr 1996 hätte der Kanton Zürich bis
1999 die entsprechenden Schutz- und Unterhaltsmassnahmen für das Flachmoor in Dietikon ausar-
beiten sollen. Dies ist bisher nicht erfolgt.

Es war abzusehen, dass die Rekurrenten bei der gerichtlichen Beurteilung des Rekurses Recht er-
halten würden. Dies würde aber inhaltlich keine Klärung bringen, da das Gericht mit grosser Wahr-
scheinlichkeit nur feststellen würde, dass dem Moorschutz bisher nicht Folge geleistet worden ist
und somit das Geschäft an die Vorinstanz zurückgewiesen würde.

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

Deshalb haben die Rekurrenten, die Stadt Dietikon und der Kanton sich darauf geeinigt, den Rekurs zu sistieren und eine einvernehmliche Lösung zu suchen.

Der Kanton hat die notwendigen moorschutzrechtlichen Gutachten (Biologie, Hydrologie) in Auftrag gegeben. Diese liegen nun vor. Zurzeit ist ein Fachbüro im Auftrag des Kantons dabei, eine Schutzverordnung für das Flachmoor zu erarbeiten. Der Entwurf soll unter den beteiligten Parteien (Kanton, Rekurrenten, Stadt Dietikon) besprochen und möglichst einvernehmlich verabschiedet werden. Ziel ist es, dies bis Ende 2014 zu erreichen.

Danach würde der Kanton die Schutzverordnung erlassen, die Rekurrenten ihren Rekurs zurückziehen und die Stadt Dietikon den Gestaltungsplan moorschutzkonform anpassen.

Bis wann die Verordnung bzw. der Gestaltungsplan rechtskräftig sein werden, lässt sich im Moment schwer abschätzen, da beide Instrumente angefochten werden können.

Peter Wettler (SP) findet es eigenartig, dass den Rekurrenten bewusst war, dass ein Moorschutz besteht, dem Stadtrat jedoch nicht. Es ist stossend, dass noch keine Entscheidung getroffen wurde; jetzt muss endlich vorwärts gemacht werden.

GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines **Fragestunde vom 22. Mai 2014**

Werner Lips (SVP) stellt folgende Frage:

Warum sind im Industriegebiet die Trottoirs und die Radwege nicht richtungsgetreunt markiert? Es gibt immer wieder Komplikationen zwischen Fussgänger und Radfahrer.

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi beantwortet die Frage wie folgt:

Die Signalisationsverordnung sieht sowohl die Variante mit zwei separaten, durch einen Strich getrennten Verkehrsflächen für Fussgänger und für Radfahrer, wie auch die gemeinsame Benützung der Verkehrsflächen durch Fussgänger und Radfahrer vor. Wenn es der Strassenraum erlaubt, wird die getrennte Verkehrsfläche bevorzugt.

Auf dem Radweg entlang der Heimstrasse und der Silberstrasse sind die Platzverhältnisse jedoch nicht ausreichend, um in beiden Richtungen getrennte Verkehrsflächen für Fussgänger und für Radfahrer zu signalisieren. Daher wurde durch die Kantonspolizei ein gemeinsamer Rad- und Fussweg verfügt. Die Platzverhältnisse sind zwar minimal; es ist jedoch bisher zu keinen nennenswerten Zwischenfällen gekommen. Mit der neuen Verbindung zum Bahnhof wird sich die Situation künftig entschärfen.

GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines
Fragestunde vom 22. Mai 2014

Anton Kiwic (SP) stellt folgende Frage:

Warum hängt die Stadt in den Quartieren eine Tempo-Anzeige auf, die nicht (nie) funktioniert?

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi beantwortet die Frage wie folgt:

Das System wurde 2007 in Betrieb genommen. Grundsätzlich ist die Funktionsfähigkeit des Geräts sichergestellt. Allerdings kann es vorkommen, dass es wegen leeren Akkus oder wegen eines technischen Defekts für eine gewisse Zeit nicht in Betrieb ist. Auswertungen der Daten können teilweise nicht gemacht werden. Das Gerät ist für eine Laufzeit von 8 Jahren gemietet, d.h. im nächsten Jahr wird es zurückgegeben. Zurzeit wird ein Ersatz evaluiert.

GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines
Fragestunde vom 22. Mai 2014

Ernst Joos (AL) stellt folgende Frage:

Warum hat der Stadtrat für eine einzige kommunale Vorlage eine Abstimmung angesetzt?

Stadtpräsident Otto Müller beantwortet die Frage wie folgt:

Am 9. Februar 2014 war der erste Wahlgang der kommunalen Wahlen angesetzt. Zudem kamen drei eidgenössische Vorlagen zur Abstimmung - darunter die Masseneinwanderungsinitiative.

Für den eventuellen 2. Wahlgang der Exekutive setzte der Stadtrat den 30. März 2014 fest, da an diesem Datum auch das Wabsti-Programm des Kantons kostenlos zur Verfügung stand. Da tendenziell mit einem zweiten Wahlgang gerechnet wurde, setzte der Stadtrat auch die Abstimmung über die kommunale "Wintermantel"-Vorlage für dieses Datum fest.

Die von Ernst Joss gestellte Frage nach den Kosten dieser Abstimmung konnte nicht beantwortet werden, weil diese vorgängig nicht beim Ratssekretariat eingegangen ist.

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines
Fragestunde vom 22. Mai 2014

Ernst Joos (AL) stellt folgende Frage:

Warum hat die Stadt neben dem Migros für einen zweiten Wurststand die Bewilligung erteilt?

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi beantwortet die Frage wie folgt:

Über Jahre hat die Stadt nur eine Bewilligung für einen Grillstand auf dem Kirchplatz ausgestellt. Vor zwei Jahren hat die Migros ebenfalls um eine Erlaubnis nachgefragt, jeweils am Samstag einen Grillstand auf öffentlichem Grund an der Löwenstrasse betreiben zu dürfen. Die Bewilligung erfolgte in Absprache mit der Vereinigung Zentrum Dietikon. Ein zweiter Grillstand belebt das Geschäft und trägt zu einem attraktiven Zentrum bei.

Gestützt auf die Wirtschaftsfreiheit besteht ein bedingter Anspruch auf eine solche Bewilligung. Allerdings kann die Stadt die Platznutzung regeln und beispielsweise die Anzahl Verkaufsstände limitieren, damit eine gemeinverträgliche Nutzung des öffentlichen Raumes gewährleistet ist. Schlussendlich kann der Kunde entscheiden, wo er seine Wurst kaufen will.

GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines
Fragestunde vom 22. Mai 2014

Esther Wyss-Tödtli (SVP) stellt folgende Frage:

Was hat das Pfingstkonzert "Schweizer Oktett" welches im Kloster Fahr durchgeführt wird und mit Fr. 1'600.00 unterstützt wird, mit Kultur in Dietikon zu tun?

Stadtpräsident Otto Müller beantwortet die Frage wie folgt:

Das "Schweizer Oktett" führt seit 2003 im Kloster Fahr die Pfingstkonzerte durch. Sie wurden initiiert durch Florian Walser, damals Mitglied des Oktetts, aufgewachsen in Dietikon. Seit Beginn der Konzerte wurden diese von der Stadt Dietikon, der Fachstelle Kultur Kanton Zürich, dem Kuratorium Aargau sowie den umliegenden Gemeinden mit Defizitbeiträgen unterstützt. Die Pfingstkonzerte sind bei der Dietiker Bevölkerung in den vergangenen Jahren zur Tradition geworden und sehr beliebt. Ein grosser Teil der Besucherinnen und Besucher kommt aus Dietikon. Damit tragen die Konzerte zu einer wesentlichen Bereicherung des kulturellen Lebens in Dietikon bei. Deshalb rechtfertigt es sich in diesem Fall, einen städtischen Beitrag auszurichten.

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

**GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines
Fragestunde vom 22. Mai 2014**

Esther Wyss-Tödtli (SVP) stellt folgende Frage:

Wann gibt es ein Neujahrskonzert mit "einheimischen" Musikern?

Stadtpräsident Otto Müller beantwortet die Frage wie folgt:

Der Stadtrat ist bestrebt, den Dietikerinnen und Dietikern ein qualitativ hochstehendes Neujahrskonzert anzubieten. Neben der Qualität der Musikerinnen und Musiker muss für ein Konzert in der Stadthalle auch das nötige Klangvolumen eines Orchesters berücksichtigt werden.

Für das Neujahrskonzert 2016 wurde die Stadtmusik Dietikon engagiert.

**GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines
Fragestunde vom 22. Mai 2014**

Esther Wyss-Tödtli (SVP) stellt folgende Frage:

Wie weit ist die eingesetzte Arbeitsgruppe mit der Erstellung des Präventionskonzeptes "Informatik in der Schule", welches der Stadtrat in der Beantwortung meiner Interpellation im April 2013 zugesichert hat, und ist dieses Konzept einsehbar?

Schulvorstand Jean-Pierre Balbiani beantwortet die Frage wie folgt:

In der Interpellationsantwort vom 25. Februar 2014 hat der Stadtrat bereits festgehalten, wie die "Gefahren mit dem Internet" thematisiert werden. So werden Facebook, Internet-Gebrauch, Games und aktuell auch der Umgang mit dem eigenen Bild im Netz zum Thema gemacht. Dies geschieht in der Klasse, aber auch in Informationsveranstaltungen der Schule.

Die Schulpflege hat, wie in der Interpellationsantwort festgehalten, eine Arbeitsgruppe beauftragt, ein Medien- und ICT-Konzept zuhanden der Schulpflege zu erarbeiten.

Zielsetzungen dieses Projektes sind:

- Für die Schule Dietikon soll ein übergreifendes verbindliches ICT-Konzept richtungsweisend werden.
- Jugendliche erwerben ausreichende ICT- und Medienkompetenzen.
- ICT soll sowohl den Bereich Informatik als auch die kooperativen und kommunikativen Möglichkeiten der digitalen Zusammenarbeit enthalten.

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

- Der Aufbau dieser Kompetenzen wird auch die bisherigen Präventionsbemühungen im Bereich IT verstärken.

Sobald dieses Konzept - wie geplant - nach den Sommerferien durch die Schulpflege verabschiedet worden ist, kann es eingesehen werden.

GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines **Fragestunde vom 22. Mai 2014**

Reto Siegrist (CVP) stellt folgende Frage:

Bis wann wird die Zehntenscheune und der Alte Bären mittels Bauwand gesichert und dank einem grossflächigen Rundum-Netzbild (auf dieser Bauwand) dem Betrachter die Ansicht der "Neuen Zehntenscheune und Bären" vermittelt?

Hochbauvorsteherin Esther Tonini beantwortet die Frage wie folgt:

Die Zehntenscheune und der Alte Bären müssen gemäss Ansicht der Hochbauabteilung gesichert werden. Es können jederzeit Bauteile herunterfallen und eindringendes Regenwasser zerstört die innere Bausubstanz. Derzeit werden Offerten für diese Schutzmassnahmen eingeholt, wobei es verschiedene Möglichkeiten und Abstufungen von Massnahmen gibt. Eine fachliche Empfehlung lautet, das Objekt mit einer Einhausung mit Gerüst und einem Regenschutz über dem gesamten Objekt zu versehen. Da dies jedoch hohe Zusatzkosten verursachen würde, werden weitere Möglichkeiten geprüft. Die Gestaltung einer Bauwand mit Motiven von den historischen Gebäuden ist sicherlich eine positive Idee, die jedoch zusätzliche Kosten verursacht und den finanziellen Möglichkeiten der Stadt Dietikon entsprechen müsste.

GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines **Fragestunde vom 22. Mai 2014**

Werner Hogg (FDP) stellt folgende Frage:

Was unternimmt die Stadtpolizei gegen Velofahrer, die mit aller Selbstverständlichkeit das Trottoir benutzen oder über Fussgängerstreifen fahren?

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi beantwortet die Frage wie folgt:

Das unerlaubte Befahren des Trottoirs wird mit einer Ordnungsbusse von Fr. 40.00 geahndet. Im Jahr 2013 wurden 46 Fahrrad- und Mofalenker wegen Missachten von Verkehrsregeln durch die Stadtpolizei gebüsst. Die Kontrollen erfolgen im Rahmen der ordentlichen Polizeipatrouillen. Es finden aber keine speziellen Aktionen gegen unkorrektes Velofahren statt.

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines
Fragestunde vom 22. Mai 2014

Anton Felber (SVP) stellt folgende Frage:

Warum erfolgt die Übergabe des Dietiker Kulturpreises in einer geschlossenen Gesellschaft und warum bleibt die Dietiker Bevölkerung von diesem Anlass ausgeschlossen?

Stadtpräsident Otto Müller beantwortet die Frage wie folgt:

In welchem Rahmen die Feier stattfinden soll, wurde jeweils mit den Preisträgern bzw. deren Familien abgesprochen. In diesem Jahr wurden in Absprache mit der Familie von Jörg Hamburger, Familienangehörige, Freunde und Bekannte des Preisträgers, das Büro des Gemeinderates, die ehemaligen Preisträger, die Kulturkommission sowie Inhaberinnen und Inhaber des Kulturabonnements eingeladen. Diese Einladungen erfolgten auf Wunsch der Angehörigen von Jörg Hamburger.

Bei Hanspeter Müller-Drossaart wurde die Verleihung des Kulturpreises in einem grösseren Rahmen durchgeführt. Der Anlass fand im Cinema Capitol statt. Die Verleihung des Kulturpreises an Bruno Weber erfolgte - ähnlich wie bei Jörg Hamburger - im kleinen Kreis.

GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines
Fragestunde vom 22. Mai 2014

Lucas Neff (Grüne) stellt folgende Frage:

Die Dächer der historischen Bauten "Zehntenhausscheune, Alter Bären und Nebengebäude ehemalige Werkstatt Lips" sind grossflächig schadhaft. Dachbereiche sind zum Teil abgedeckt, so dass mit grosser Sicherheit angenommen werden muss, dass massiv Regenwasser eindringt und durch die Feuchte die antike Bausubstanz nachhaltig zerstört wird, respektive wahrscheinlich in der letzten Zeit schon zerstört worden ist.

Welcher Stadtrat / welche Stadträtin ist für den Unterhalt, respektive die mit den Schäden einhergehende, fortschreitende Zerstörung des Gebäudes verantwortlich?

Ist der Stadtrat gewillt mit sofortigen Massnahmen den aktuell noch vorhandenen historischen Bestand zu sichern?

Wenn ja, werden diese Massnahmen noch im Mai 2014 ausgeführt?

Finanzvorstand Rolf Schaeren beantwortet die Frage wie folgt:

Die Liegenschaften werden periodisch überprüft. Es trifft zu, dass die Liegenschaft "Zehntenhausscheune" in einem schlechten baulichen und optischen Zustand ist. Aus finanziellen (Spar-) Gründen wurde nichts gemacht. Die Schäden haben sich nun aber schnell und in grossem Umfang gezeigt, weshalb zum Schutz der Substanz eine Einhausung geplant ist. Die Kosten dieser Einhausung belaufen sich auf ca. Fr. 100'000.00 und sind nicht budgetiert. Es handelt sich um gebundene Kosten. Dem Betrachter fällt auf, dass das grosse Tor mit zwei Pfosten gesichert ist. Der Raum im Hinter-

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

grund wird benützt. Leider parkieren immer wieder Autos vor dem Tor, so dass kein Zugang mehr möglich ist. Die Pfosten stehen da, um den Zugang zu gewährleisten.

Die Einhausung liegt in der Zuständigkeit der Hochbauabteilung und befindet sich in Planung. Sie wird nicht im Mai, aber in den nächsten Monaten erfolgen.

Lucas Neff (Grüne) rät, sich die Liegenschaft einmal von oben anzuschauen. Es hat grosse Flächen, wo Regen eindringt. Dieser Teil soll sofort mit Blachen gesichert werden.

GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines **Fragestunde vom 22. Mai 2014**

Lucas Neff (Grüne) stellt folgende Frage:

Was ist der Grund für die neue Verzögerung beim Projekt der Kronenliegenschaften (Projekt Theus)? Das Projekt ist noch immer nicht ausgeschrieben, obwohl die Bauzonenordnung mittlerweile rechtskräftig ist.

Hochbauvorsteherin Esther Tonini beantwortet die Frage wie folgt:

Um eine erfolversprechende Baueingabe vorzulegen, braucht es noch diverse Planungsschritte:

- Die Kernzonenkommission, welche Projekte mit moderner Gestaltung in Kernzonen, also auch die Flussbalkone, gemäss der neuen Bauordnung beurteilen muss, besteht noch nicht, u. a. fehlen die beiden Delegierten des Gemeinderates, was der Stadtrat dem Gemeinderat mit Beschluss vom 24. Februar 2014 mitgeteilt hatte. Das Projekt muss dieser Kommission vor Baueingabe vorgelegt werden, weil die Fragen der Gestaltung einen entscheidenden Einfluss auf die definitive Baueingabe haben.
- Die neue Bauordnung bedingt die Eingabe eines volumetrischen Vergleichsprojektes für modern formulierte Architektur in der Kernzone; dieses muss zunächst ausgearbeitet werden.
- Das geänderte Gewässerschutzgesetz sieht einen Gewässerabstand von 18 m vor. Für den geplanten Gewässerabstand von nur 5 m muss ein Ausnahmegesuch zuhanden der Baudirektion erarbeitet werden.
- Die Parzellierungen wurden bei der früheren Baueingabe noch nicht definitiv mit den benachbarten Grundeigentümern und dem öffentlichen Raum des Kronenplatzes abgestimmt. Diese Verhandlungen müssen erst durchgeführt und die Verträge notariell vorbereitet werden.
- Aufgrund der Rekurse müssen die Projekte zum Teil hinsichtlich Grenz- und Gebäudeabständen angepasst und mit den Nachbarn vertraglich fixiert werden.
- Das Haus 1 wird wieder in die Abklärungen einbezogen, denn für dieses Projekt gab es noch keine Baubewilligung, und das Projekt muss zunächst ausgearbeitet werden.

Diese Aufzählung vermittelt einen Eindruck davon, welche umfangreichen Planungsarbeiten mit zahlreichen in- und externen Beteiligten noch erfolgen müssen, um eine seriöse und

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

erfolgsversprechende Baueingabe, also ohne Rekurse und aufwändige Überarbeitungen, vorzubereiten.

GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines **Fragestunde vom 22. Mai 2014**

Lucas Neff (Grüne) stellt folgende Fragen:

Ist dem Stadtrat der in letzter Zeit wieder häufig auftretende, wahrscheinlich professionelle Veloklau, in Dietikon bekannt? Wie reagiert die Polizei, wenn Personen am Schalter den Diebstahl anzeigen wollen?

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi beantwortet die Frage wie folgt:

Im laufenden Jahr kamen am Schalter der Stadtpolizei Dietikon rund 15 Fahrraddiebstähle zur Anzeige. Eine Tendenz, die auf professionellen Velodiebstahl hindeuten würde, ist nicht erkennbar. Vorwiegende Diebstahlorte sind die Velohäuser an den beiden Bahnhöfen sowie die Unterstände bei den Schulhäusern. Teilweise werden die Velos wieder gefunden.

Damit Diebstahlrapporte erstellt und entwendete Fahrräder im Fahndungsregister RIPOL aufgenommen werden können, benötigt die Polizei unbedingt die Rahmennummer. Im Übrigen hält man die Geschädigten an, selbst auf dem Stadtgebiet und vor allem in den Bahnhofsbereichen nach ihrem abhanden gekommenen Fahrrad Ausschau zu halten.

Lucas Neff (Grüne) stellt fest, dass in seinem Bekanntenkreis innert kürzester Zeit 4 Velos gestohlen wurden. Ohne Rahmennummer nimmt die Polizei offenbar keinen Rapport auf. Er bittet die Polizei, entsprechende Rapporte direkt aufzunehmen.

Sicherheitsvorstand Heinz Illi hält fest, dass sich gefundene Velos ohne Rahmennummer, nur aufgrund des Modells und der Farbe, kaum dem Eigentümer zuweisen lassen. Geschädigte werden bei der Polizei nicht abgewimmelt.

GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines **Fragestunde vom 22. Mai 2014**

Catalina Wolf-Miranda (Grüne) stellt folgende Frage:

2012 hat die Dietiker Bevölkerung den Gegenvorschlag des Stadtrates zur Initiative 2000-Watt-Gesellschaft der Grünen angenommen. Mit dem Gegenvorschlag verpflichtete sich die Stadt Dietikon, das Energiestadt-Gold-Label anzustreben. Wie weit ist Dietikon auf dem Weg zur Energiestadt-Gold?

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

Infrastrukturvorstand Roger Brunner beantwortet die Frage wie folgt:

Gemäss kürzlich erfolgter Einschätzung und Auswertung in Dietikon geplanter und umgesetzter Massnahmen kann im Management Tool aktuell eine Bewertung von über 70% erreicht werden (für das Label Energiestadt Gold müssen mindestens 75% der möglichen Massnahmen umgesetzt sein). Deutliche Verbesserungen konnten in den Massnahmenbereichen Ver- und Entsorgung, Mobilität und Kommunikation erzielt werden. Nachholbedarf besteht im Bereich kommunale Gebäude und Anlagen. Die Umsetzung verschiedener Massnahmen ist vorbereitet, so dass, deren Genehmigung durch den Stadtrat vorausgesetzt, das Ziel im Jahr 2015 Energiestadt Gold® zu werden, für Dietikon erreichbar bleibt.

GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines Fragestunde vom 22. Mai 2014

Catalina Wolf-Miranda (Grüne) stellt folgende Frage:

Wie oft kontrolliert die Stadt öffentliche Spielplätze auf für Kinder gesundheitsschädigende Gegenstände (z.B. Zigaretten, Glasscherben etc.)?

Infrastrukturvorstand Roger Brunner beantwortet die Frage wie folgt:

Jeder öffentliche Spielplatz der Stadt Dietikon wird bis zu dreimal in der Woche auf Sauberkeit und Beschädigungen kontrolliert. Dies ist ein Prozess, der in den verschiedenen Putztouren integriert ist. Zusätzlich werden am Wochenende die am meisten genutzten Plätze angefahren, um die Abfalleimer zu leeren. Dabei wird ebenfalls ein Augenmerk auf die Umgebung gerichtet. Zur Gewährleistung der Sicherheit der Spielgeräte und Klettergerüste wird jährlich eine grosse Inspektion durch eigene ausgebildete "Fachmänner Spielplatzsicherheit" durchgeführt.

GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines Fragestunde vom 22. Mai 2014

Roger Studer (CVP) stellt folgende Frage:

Wie ist der zeitliche Ablauf für die Instandstellung des Parks Kirchhalde, bzw. was soll nun konkret, per wann instand gestellt werden?

Stadtpräsident Otto Müller beantwortet die Frage wie folgt:

Die normalen Arbeiten wie Rasen mähen etc., werden durch den Werkhof sichergestellt. Hingegen haben sich die Instandstellungsarbeiten nach Abschluss der Arbeiten beim AGZ verzögert.

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

Die Planierung, bzw. Sanierung der Spielwiese ist inzwischen vergeben worden. Die Arbeiten sollen bis zu den Sommerferien fertig sein. Für den Rückbau der Baupiste läuft die Submission. Nach der Vergabe sollen die Arbeiten zeitnah ausgeführt werden. Es ist davon auszugehen, dass dies bis nach den Sommerferien erfolgt ist.

Wie es mit der Kirchhalde weiter gehen soll und ob ein neues Projekt vorgelegt wird, wird der Stadtrat im Rahmen der Legislaturplanung im Herbst 2014 bestimmen.

GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines Fragestunde vom 22. Mai 2014

Roger Studer (CVP) stellt folgende Frage:

Wie ist der zeitliche Ablauf für den Neubau der Kindergärten Guggenbühl und per wann werden diese wieder bezugsbereit sein?

Schulvorstand Jean-Pierre Balbiani beantwortet die Frage wie folgt:

Aufgrund des jetzigen Planungsstandes beim privaten Projekt der Eisenbahner Genossenschaft Dietikon (EBG) sind folgende Termine vorgesehen:

- Der Abbruch der beiden Kindergartenpavillons erfolgt bis spätestens April 2015.
- Zum heutigen Zeitpunkt geht man von einem Bezugstermin im Oktober 2016 aus.
- Die Stadt strebt nach Möglichkeit einen früheren Zeitpunkt an, und zwar Mitte August 2016. Damit könnte das Schuljahr 2016/17 in den neuen Räumlichkeiten begonnen werden. Ob das möglich ist, kann erst mit dem detaillierten Bauprogramm und aufgrund des tatsächlichen Baufortschritts beurteilt werden.

GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines Fragestunde vom 22. Mai 2014

Martin Müller (DP) stellt folgende Frage:

Wie viel einmalige und wiederkehrende Kosten wird der Dietiker Steuerzahler für die Limmattalbahn aufzuwenden haben, die von niemandem sonst getragen werden?

Stadtpräsident Otto Müller beantwortet die Frage wie folgt:

Zum jetzigen Zeitpunkt kann diese Frage noch nicht in einer hinlänglichen Genauigkeit beantwortet werden.

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

Zu möglichen einmaligen Kosten zählen Veloabstellplätze bei Haltestellen der Stadtbahn sowie ein Kostenbeitrag für den Neubau der Personenunterführung beim Bahnhof Dietikon.

Zurzeit wird in einem Masterplanverfahren die mögliche Linienführung im Zentrum von Dietikon nochmals eingehend untersucht. Je nach der gewählten Lösung dürfte der einmalige Kostenbeitrag unterschiedlich ausfallen. Die Kostenbeiträge werden zwischen den beteiligten Parteien verhandelt.

Weiter sind einmalige Kostenbeiträge an bestimmte Strassenausbauten zu leisten, beispielsweise beim Knoten Industrie-/Mutschellenstrasse. Auch diese Beiträge sind noch nicht ausgehandelt.

Die wiederkehrenden Kosten beinhalten insbesondere die Beiträge an den ZVV für das Verkehrsangebot. Diese hängen von der Art und Anzahl der Haltestellen ab.

Mit dem Bau der Limmattalbahn gibt es auch einzelne Veränderungen bei den Buslinien. Je nach Linienführung im Zentrum von Dietikon wird sich die Anzahl der Haltestellen ebenfalls verändern.

Zu den wiederkehrenden Kosten kann heute noch keine Aussage gemacht werden.

Martin Müller (DP) stellt fest, dass in den Gesamtkosten für das Projekt also nicht alles enthalten ist, und dass die Stadt weitere Kosten übernehmen muss.

GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines **Fragestunde vom 22. Mai 2014**

Martin Müller (DP) stellt folgende Frage:

Was hindert die Stadt daran, illegal deponierten Müll nach vorheriger schriftlicher Ankündigung auf Kosten des Grundbesitzers zu entsorgen?

Sicherheits-und Gesundheitsvorstand Heinz Illi beantwortet die Frage wie folgt:

Prinzipiell ist der Grundbesitzer für die Abfallentsorgung auf seinem Grund zuständig, egal wer den Abfall unrechtmässig abgelagert hat.

Bei Meldungen über illegale AbfalldPONien auf privatem Grund wird durch das Amt für Umwelt und Gesundheit der direkte Kontakt mit der Hausverwaltung bzw. der Eigentümerschaft gesucht und auf die illegale AbfalldPONie aufmerksam gemacht. Die Verwaltungen bzw. die Eigentümerschaften werden aufgefordert, umgehend eine sachgerechte Entsorgung zu veranlassen.

Dieses Vorgehen hat sich bis heute bestens bewährt und die Räumungsaufforderungen werden beachtet. Sollte dem nicht Folge geleistet werden, wäre eine schriftliche Räumungsverfügung und als letztes Mittel eine Vollstreckungsverfügung zu erlassen. Nur in diesen Fällen können die Kosten für eine Entsorgung der Abfälle von privatem Grund durch den Werkhof dem Verursacher weiterverrechnet werden. Diese Zwangsmittel mussten in den vergangenen Jahren noch nie angewendet werden.

Bei illegalen Abfallentsorgungen auf öffentlichem Grund ist die Stadt verantwortlich. Die Entsorgung erfolgt in diesem Fall durch den Werkhof. Bevor das geschieht, wird der Abfall nach Hinweisen auf den Verursacher durchsucht. Gibt es verwertbare Hinweise über den Verursacher, werden diese schriftlich verwarnt und im Wiederholungsfall verzeigt.

GV4.33.1. Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines **Fragestunde vom 22. Mai 2014**

Karin Dopler (SVP) stellt folgende Frage:

Kann an der Gyrhaldenstrasse, Höhe Sportplatz Hätschen, ein Spiegel montiert werden, damit die Ausfahrt von der Staffelackerstrasse in die Gyrhaldenstrasse übersichtlich und sicher wird?

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi beantwortet die Frage wie folgt:

Mögliche Standorte für Verkehrsspiegel müssen mit der Kantonspolizei abgeklärt werden. Die Kantonspolizei ist äusserst zurückhaltend mit dem Aufstellen von Verkehrsspiegeln, da diese unter Umständen eine falsche Sicherheit vorgeben und somit die Unfallgefahr situationsbedingt höher sein kann. Spiegel werden nur an Orten mit ausserordentlich schlechten Sichtverhältnissen und einem STOP-Signal aufgestellt. Witterungsbedingt können Spiegel beschlagen, ausser man wählt die teuerste Variante mit Heizung.

Bereits im Februar 2012 wurde die Situation an der Gyrhaldenstrasse mit der Kantonspolizei angeschaut. Gemäss Kantonspolizei soll keine Änderung der Vortrittsregelung vorgenommen werden, womit auch ein Verkehrsspiegel nicht in Frage kommt. Die Sichtzonen können aber mit dem Zurückschneiden von Baum und Hecke verbessert werden.

Karin Dopler (SVP) stellt fest, dass damals das Rondell gebaut wurde, um die Situation zu entschärfen. Jetzt wurde das Rondell entfernt und die Situation zeigt sich wieder gefährlich.

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

G3.06. Konjunktur- und Wirtschaftsfragen

140576

"Dietikon wie neu" - Einführung eines Mangelmelders

Bericht Postulat

Philipp Müller (FDP), Mitglied des Gemeinderates, und 18 Mitunterzeichnende haben am 5. September 2013 folgendes Postulat eingereicht:

"Der Stadtrat wird aufgefordert, einen Mangelmelder einzuführen, damit Mängel und Schäden an der städtischen Infrastruktur wie auch Missstände in der Stadtverwaltung schnell und unbürokratisch gemeldet und anschliessend behoben werden können. Dazu soll die Stadtregierung den Kontakt mit anderen interessierten Gemeinden suchen und so Synergie nutzen.

Begründung

Der Dietiker Bevölkerung soll es auf einfache Weise ermöglicht werden, Mängel, Missstände und Störungen in Dietikon zu melden. Durch einen Mangelmelder kann die Stadtverwaltung wesentlich an Bürgernähe gewinnen. So kann das Funktionieren der Infrastruktur und die Sauberkeit weiter verbessert werden, was wiederum die Zufriedenheit der Einwohnerinnen und Einwohner verbessern wird.

In der Stadt Zürich wurde im vergangenen März ein Mangelmelder als Pilotversuch eingeführt (www.zueriwieneu.ch). Mit einem Onlineformular können Meldungen, mit Ortsangabe und wahlweise fotografisch dokumentiert, aufgegeben werden. Diese werden dann der zuständigen Abteilung in der Verwaltung zugewiesen, beantwortet und der gemeldete Missstand schliesslich behoben. In der Stadt Zürich erfreut sich dieses Tool grosser Beliebtheit und wird täglich rege genutzt. Eine Weiterführung sei sehr wahrscheinlich und es hätten bereits weitere Gemeinden Interesse an diesem Instrument angemeldet. Die Stadt Zürich habe trotz sehr vieler Mangelmeldungen kein weiteres Personal einstellen müssen.

Das Online Angebot von Dietikon sollte um dieses nützliche Instrument ergänzt werden. Die Stadt Zürich bietet zusätzlich eine Smartphone App. Darauf sollte Dietikon, zumindest anfänglich, verzichten und sich auf ein Online Formular beschränken. Wie erwähnt, haben bereits andere Gemeinden Interesse angemeldet. Dietikon könnte daher eine solche Plattform mit weiteren Limmattaler Gemeinden nutzen und so die Kosten aufteilen. Da die Meldungen unter Angabe des Ortes erfolgen, können diese problemlos einer Gemeinde zugeordnet und effizient bearbeitet werden. Entwicklungskosten fallen keine an, da das Tool bereits besteht und daher eingekauft werden kann."

Mitunterzeichnende:

Wolf-Miranda Catalina	Sonderegger Esther	Kiwic Anton	Studer Roger
Mounoud Cécile	Spahn Samuel	Wyss-Tödtli Esther	Wiederkehr Max
Hogg Werner	Lamprecht Dominik	Koller Metzler Sven	Wiederkehr Irene
Joss Rosmarie	Romer Martin	Neff Lucas	
Müller Raphael	Dal Canton Ottilie	Joss Ernst	

Der Gemeinderat hat das Postulat am 16. September von Philipp Müller (FDP) betreffend Einführung eines Mängelmelders an den Stadtrat überwiesen, der dazu wie folgt Stellung nimmt:

Ausgangslage

Die Anzahl von Mängelmeldungen wird in der Stadt Dietikon statistisch nicht erfasst. Eine Befragung in der Verwaltung hat ergeben, dass rund drei bis sechs Mängel pro Monat von der Bevölkerung gemeldet werden. Die häufigsten Meldungen betreffen illegale Abfalldeponien, gefundene Tierkada-

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

ver, defekte Beleuchtungen und Signalisationen sowie den Zustand der öffentlichen Strassen und Plätze. Die Mängel werden persönlich an den Schaltern der Verwaltung vorgebracht, erfolgen per E-Mail, Brief oder Telefon.

Diejenigen Mängelmeldungen, welche zentral bei der Stadtkanzlei oder beim Stadtpräsidenten eingehen, werden den zuständigen Verwaltungsabteilungen zur Bearbeitung weitergeleitet, dort zuerst auf die Dringlichkeit geprüft und in Folge erledigt. Eine individuelle Rückmeldung erfolgt, wenn die Person, welche den Mangel gemeldet hat, namentlich bekannt ist. Eingehende Mängel, welche private Einrichtungen betreffen, werden mit einem Hinweis oder der Aufforderung zur Behebung schriftlich weitergeleitet.

Einsatz einer Software analog "Züri wie neu"

Dem Stadtrat ist es wichtig, dass Anliegen aus der Bevölkerung der Verwaltung einfach und unkompliziert mitgeteilt werden können und er will die Rückmeldekultur fördern. Aus diesem Grunde hat er verschiedene Optionen geprüft.

Für den Betrieb eines Mängelmelders nach dem Vorbild von "Züri wie neu" ist eine Software notwendig, die erfasste Meldungen in einer Datenbank erfasst und mit dem Eingabeort verbindet. Die Stadt Zürich verwendet dafür den Source-Code von mySociety, einem englischen Unternehmen, welches ihn mit einer Lizenz zur Verfügung stellt. Dieser Source-Code kann kopiert und für die Bedürfnisse der Stadt Dietikon adaptiert und konfiguriert werden. Einmalig muss die Software bzw. der Source-Code für die Verhältnisse der Stadt Dietikon adaptiert werden, die Daten müssen aufbereitet (Stadtplan von Dietikon als Orthofoto und Adressdaten) und konfiguriert werden. Monatlich erfolgt ein Unterhalt der Datenbank und der Karte.

Die Arbeiten würden durch eine externe Firma erfolgen, die auf die Konfiguration von Geo-Daten spezialisiert ist. Für das einmalige Einrichten der Software fallen Kosten in der Höhe von rund 16'100.00 Franken an, für den monatlichen Betrieb rund 800.00 Franken. Die einmalige Entwicklung einer mobilen App für die Betriebssysteme iOS und Android würden weitere Kosten in der Höhe von 7'700.00 Franken verursachen. Zudem entstehen Kosten für die Lizenzierung des georeferenzierten Kartenmaterials und der zugehörigen Adressdaten.

Aufgrund der Erfahrungen der Stadt Zürich im Pilotprojekt "Züri wie neu" würde der Stadtrat einen moderaten Anstieg der Mängelmeldungen auf zehn bis zwanzig pro Monat erwarten. Rückmeldungen zur Qualität der Dienstleistungen der Verwaltung werden allerdings weder in Dietikon noch im Pilotprojekt der Stadt Zürich erfasst.

Die geringe Anzahl von Mängelmeldungen rechtfertigt weder den einmaligen Aufwand für die Erstellung der Software noch die Kosten für den monatlichen Unterhalt. Selbst wenn mehrere Gemeinden den Mängelmelder gemeinsam einführen, würden sich die einmaligen Konfigurationskosten und die Kosten für die Lizenzierung von georeferenziertem Kartenmaterial nicht lohnen.

Einführung strukturiertes Meldeformular auf www.dietikon.ch

Die Stadt Dietikon plant die Einrichtung eines Online-Formulars auf der Webseite der Stadtverwaltung. Dieses soll für die Meldung von Mängeln z.B. an der Infrastruktur (mit Angabe von Ort und optional Bildnachweis) und für positive und negative Kritik an den Dienstleistungen der Verwaltung eingesetzt werden und auf dem Internetportal an gut sichtbarer Stelle platziert werden.

Dank strukturierter und zentraler Erfassung von Mängeln oder Kritik mit einem Online-Formular kann die Meldung einer bestimmten Abteilung zugeordnet und zur Erledigung zugewiesen werden. Die zentrale Erfassung würde die Kontrolle über den Stand der Erledigung einzelner Meldungen und die entsprechende Eingangsbestätigung ermöglichen. Mängel und Kritik können weiterhin auch am

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

Schalter oder per Telefon vorgebracht werden. In diesem Fall erfassen die Mitarbeitenden der Verwaltung die Meldung im Online-Formular und führen diese dem gleichen Prozess zu.

Philipp Müller (FDP) bedankt sich für die Antwort und stellt fest, dass der Stadtrat offenbar bereit ist, etwas zu unternehmen. Mit dem Mangelmelder wird ein weiterer Kanal für Rückmeldungen aus der Bevölkerung geschaffen. Meldungen können schnell und effizient weitergeleitet werden. Daraus verspricht man sich eine Verbesserung der Infrastruktur und mehr Bürgernähe. Der vorgeschlagene Mangelmelder entspricht der Lösung, wie sie die Stadt Zürich einsetzt. Für den Stadtrat ist diese Lösung jedoch zu teuer. Auch die Lösung mit einem Online-Formular scheint vernünftig. Die Lösung gefällt gut.

Es ist wichtig, dass das Formular so konzipiert ist, dass es sich von einer E-Mail oder einem Telefonat abhebt. Bild- und Standortdaten sollen eingebunden werden können. Die Bedienung muss einfach sein; ausserdem sollte das Formular für Smartphones optimiert werden.

In der Antwort des Stadtrates fehlen Angaben zum Zeithorizont. Es stellt sich die Frage, bis wann man mit einer entsprechenden Lösung rechnen kann.

Es ist klar, dass die Programmierung Kosten verursachen wird. Vielleicht besteht ja auch in den Nachbargemeinden ein entsprechendes Interesse. Der Stadtrat soll sich überlegen, die Lösung anderen Gemeinden zu verkaufen.

Werner Lips (SVP) stellt fest, dass ein Mangelmelder auf den ersten Blick eine tolle Sache sei. Aber mit der Einführung wird die Verwaltung zusätzlich belastet. Jemand muss die eingehenden Meldungen bearbeiten. Hinweise zu kleineren Problemen können telefonisch gemeldet werden; das Problem wird entgegengenommen, und es wird gelöst. Aufgrund der Tatsache, dass die finanziellen Mittel der Stadt begrenzt sind, kann man auch beim bisherigen, gut funktionierenden System bleiben.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

B1.161. Gebietsentwicklung Niderfeld

140551

Schulraum im Entwicklungsgebiet Niderfeld

Beantwortung Interpellation

Sven Koller Metzler (SP), Mitglied des Gemeinderates, und 9 Mitunterzeichnende haben am 12. Dezember 2013 folgende Interpellation eingereicht:

"Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Mit wie vielen Schulkindern wird im Niderfeld gerechnet?*
- 2. Ist im Niderfeld Schulraum geplant?*
- 3. Sind Zonen ausschliesslich für öffentliche Bauten vorgesehen?*
- 4. Wie stellt der Stadtrat sicher, über genügend Fläche für Schulgebäude zu verfügen und in welchem Zeitrahmen sollten diese gesichert sein?*
- 5. Ist vorgesehen den Pausenplatz mit der Parkfläche zu kombinieren?*

Begründung:

Im Niderfeld entsteht in absehbarer Zeit ein neues Quartier. Mit Wohnraum für mindestens 2'000 Personen wird das Niderfeld ein ähnliches Bevölkerungswachstum bewirken wie das Limmatfeld.

Ein städtebauliches Konzept wurde erarbeitet und demnächst werden Gestaltungs- und Quartierpläne vorgestellt.

Es ist zu erwarten, dass im Niderfeld auch Familien mit schulpflichtigen Kindern einziehen werden. Um die Chancen, die ein neues Quartier für Dietikon bietet zu nutzen, muss unsere Stadt, neben ausgewogenen Gestaltungs- und Quartierplänen, rechtzeitig die entsprechende Infrastruktur bereitstellen.

Nach den Erfahrungen im Limmatfeld ist es von zentraler Bedeutung, zum jetzigen Zeitpunkt eine Zone und Fläche für Schulräume und allenfalls weitere öffentliche Einrichtungen (Spielplätze) auszuscheiden und bei Bedarf zu erwerben."

Mitunterzeichnende

Kiwic Anton
Joss Rosmarie
Lamprecht Dominik

Sonderegger Esther
Peer Catherine

Synnatschke Werner
Wiederkehr Max

Joss Ernst
Studer Roger

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1:

Im Niderfeld sind bis zu 3'300 Einwohnerinnen und Einwohner prognostiziert. Gemäss der aktualisierten Studie "Schulraumplanung Dietikon" von Wüest + Partner vom 28. Februar 2014 ist im Niderfeld mit ein bis zwei Klassen pro Jahrgang zu rechnen. Die genaue Schülerzahl lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beziffern.

Zu Frage 2

Im Niderfeld ist eine Schule geplant. Der Schulraumstandort wurde im 2013 durchgeführten Studienverfahren festgelegt. Er befindet sich im Gebiet Blächen, nördlich des heutigen kleinen Waldstücks.

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

Zu Frage 3:

Der Schulhausstandort wird im zu erarbeitenden Gestaltungsplan als Zone für öffentliche Bauten ausgedehnt. Weitere Zonen für öffentliche Bauten sind nicht vorgesehen. Der Park liegt in der Erholungszone. Dort werden auch Spielmöglichkeiten geschaffen. Für die Quartiersversorgung ist der Bereich im Umfeld der Limmattalbahn-Haltestelle Maienweg vorgesehen, welcher als öffentlicher Platz ausgestaltet werden soll.

Zu Frage 4:

Zur Bestimmung der Grösse der Schulraumfläche kann auf Normwerte zurückgegriffen werden. Für die Schule im Niderfeld inkl. Pausenplatz und Turnhalle ist eine Fläche von ca. 7'000 m² vorgesehen. Die Fläche wird in zwei bis drei Jahren, wenn die Gestaltungspläne erarbeitet werden, definitiv festgelegt und gesichert.

Zu Frage 5:

Es ist nicht geplant, den Pausenplatz mit dem Park zu kombinieren. Der Pausenplatz muss unmittelbar beim Schulgebäude liegen. Er untersteht der zuständigen Schulleitung und ist deshalb während des Schulbetriebs nicht öffentlich. Da das Schulgrundstück aber unmittelbar neben dem Park zu liegen kommt, ist es vorgesehen, eine Spielwiese der Schule mit dem Park zu kombinieren. Diese Spielwiese würde, ausserhalb des Schulbetriebs, der gesamten Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

Sven Koller Metzler (SP) bedankt sich beim Stadtrat für die Antwort. Er zeigt sich erfreut und beruhigt, dass im Niderfeld Schulraum geplant wird und dass Zonen für öffentliche Bauten vorgesehen sind. Unklar ist immer noch, wie die benötigten Landflächen gesichert werden. Wenn dies erst im Rahmen der Festsetzung der Gestaltungspläne geschieht, ist es zu spät. Die Bodenpreise im Niderfeld werden steigen. Der Stadtrat soll sich bereits jetzt Land für den benötigten Schulraum sichern.

Weiter stellt *Sven Koller Metzler* fest, dass es sich um eine gute Lösung handelt, den Pausenraum nicht in den Park zu integrieren. Der Pausenplatz soll sich beim Schulhaus befinden.

Es ist allerdings schade, dass kein Quartiertreff geplant ist. Im Zentrum von Dietikon ziehen die Betriebe aus. Daraus müsste man lernen, indem man nicht nur an Schulraum und andere städtische Bauten denkt. Mit städtischem Wohnungsbau (ohne Sozialwohnungsbau) mit Gewerbeflächen kann ein Quartier entsprechend geprägt werden.

Lucas Neff (Grüne) stellt ebenfalls fest, dass im Niderfeld keine Zonen für öffentliche Bauten vorgesehen sind. Es ist unbestritten, dass es dort ein Schulhaus entstehen wird. Aber es braucht auch andere öffentliche Nutzungen wie Altersheim, Alterswohnungen, Quartierpolizeiposten, etc. Die weiteren öffentlichen Aufgaben im Quartier dürfen nicht vergessen werden.

Werner Hogg (FDP) stellt fest, dass die Antwort des Stadtrates kurz ausgefallen ist. Alles was in der Antwort steht, war bereits bekannt. Auch die SP war in der Begleitgruppe vertreten. Zurzeit steht die Stadt noch in einer frühen Phase der Planung. Gespannt sein darf man auf die Synthese der drei Projektteams.

Auch im Limmattfeld sollte ein Schulhaus gebaut werden. Eine Gruppierung hat dies jedoch verhindert; der angerichtete Schaden ist gross.

Wer die Interpellation zum Schulraum im Entwicklungsgebiet Niderfeld unterzeichnet hat, soll künftig den Stadtrat in seinen Bestrebungen unterstützen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

F5.8. Unterstützungsfälle der gesetzlichen Fürsorge

140124

Mitwirkung in der SKOS

Begründung Interpellation

Philipp Müller (FDP), Mitglied des Gemeinderates, und 13 Mitunterzeichnende haben am 12. Dezember 2013 folgende Interpellation eingereicht:

"Begründung:

Trotz deutlicher Mehrheit des Gemeinderates (18:12 Stimmen) ist der Stadtrat nicht bereit, aus der SKOS auszutreten. Dieser Entscheid wird unter anderem damit begründet, dass die Stadt Dietikon nicht auf das Mitspracherecht verzichten wolle. Weiter kommentierte der Sozialvorsteher den stadt-rätlichen Entscheid in der Presse: Dietikon könne "wertvolle Erfahrungen einbringen", es sei "viel eher etwas durch Engagement" zu erreichen und weiter sei es wichtig, dass "man im Sanktionsbereich schneller und besser handeln" könne (vergl. LT vom 30. Oktober 2013). Nach dem Entscheid des Stadtrates sind diese Aussagen nur konsequent. Diesen ist allerdings Nachdruck zu verleihen, damit es nicht nur bei wohlklingenden, jedoch amtsträgen Worthülsen bleibt.

Angesichts dessen, dass der Gemeinderats- und damit der Volkswille bewusst missachtet worden ist und erneut mit Hinweis auf das Fiasko in der kommunalen Sozialpolitik und den entsprechenden horrenden Kosten, drängen sich einige Fragen auf.

Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wie lange ist die Stadt Dietikon bereits Mitglied der SKOS?*
- 2. Inwiefern ist es seit dem Bestehen dieser Mitgliedschaft gelungen, Erfahrungen einzubringen aber auch Forderungen zu stellen?*
- 3. Wie stellt sich der Stadtrat derzeit eine Mitwirkung in der SKOS vor, ohne jedoch weder im Vorstand noch in einer der Kommissionen vertreten zu sein?*
- 4. Wie kann der Stadtrat die Anliegen von Dietikon im Bereich der Sozialhilfe bei der SKOS in Zukunft stärker wahrnehmen?*
- 5. Inwiefern ist der Stadtrat bereit, sich für die Einsitznahme im Vorstand oder in einer Kommission zu bewerben und dem Gemeinderat über dieses Vorhaben Bericht zu erstatten?*
- 6. Wie soll künftig im "Sanktionsbereich schneller und besser" gehandelt werden?"*

Mitunterzeichnende:

Lamprecht Dominik
Erni Markus
Florian Alfons
Müller Raphael

Burri Erich
Hogg Werner
Dätwyler Jörg

Lips Werner
Romer Martin
Wiederkehr Max

Wyss-Tödtli Esther
Bachmann Roger
Wiederkehr Irene

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

Philipp Müller (FDP) erklärt, dass der Gemeinderat dem Stadtrat einen Auftrag erteilt hat, aus der SKOS auszutreten. Der Stadtrat hat sich jedoch dagegen gewehrt und den Austritt verweigert. Der Presse erklärte der damalige Sozialvorstand Johannes Felber, dass die Stadt Dietikon ihre Erfahrungen in der SKOS einbringen könne. Ausserdem sei es wichtig, auch im Sanktionsbereich zu handeln.

Da die Stadt Dietikon weder im Vorstand noch in einer Kommission vertreten ist, stellt sich die Frage, wie sich die Stadt Dietikon einbringen will.

Ihren Ursprung hatte die vorliegende Interpellation in einem Postulat von Sozialvorstand Roger Bachmann. Man darf auf die Antworten gespannt sein zu Fragen, für welche er die Mitverantwortung trägt.

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

P2.92.3. Verkehrsbeschränkungen ruhender Verkehr

Erweiterung Blaue Zone Kirchhalde um die Guggenbühlstrasse

Begründung Interpellation

Martin Müller (DP), Mitglied des Gemeinderates, hat am 10. April 2014 folgende Interpellation eingereicht:

"Der Limmattaler Zeitung vom 21. März 2014 ist die Publikation einer Erweiterung der Blauen Zone Kirchhalde um die Guggenbühlstrasse zu entnehmen. Noch zu Zeiten von Sicherheitsvorstand Saxer, wurde dasselbe Ansinnen bereits einmal vorgelegt, dann aber dem gesunden Menschenverstand gehorchend, aufgrund einer Interpellation wieder zurückgezogen. In diesem Zusammenhang sind dem Stadtrat die folgenden Fragen zu stellen:

- 1. Warum stellte der Stadtrat erneut ein weitgehend gleiches Gesuch bei der Kantonspolizei, ohne die betroffenen Kreise, insbesondere die Schrebergärtner und Kleintierzüchter der Anlage Vogelau in einer Vernehmlassung zu begrüssen?*
- 2. Wurden der Bauherrschaft der neuen Mehrfamilienhäuser nördlich der Guggenbühlstrasse keine genügenden Auflagen bezüglich Pflichtparkplätzen gemacht, dass sich eine Änderung des bewährten Regimes zulasten von teils langjährigen Einwohnern von Dietikon aufdrängt?*
- 3. Ist der Stadtrat bereit, die Verfügung rückgängig zu machen, bevor Steuergelder für Signalisation und Bemalung ausgegeben werden?*

Begründung:

Im parlamentarischen Vorstoss, der den Gesinnungswandel des damaligen Sicherheitsvorstandes auslöste, wurde zu Recht sinngemäss angeführt, dass die Pächter der Schrebergartenanlage Vogelau oft auch Besucher von weiter her haben, um mit diesen zu Grillieren und einen gemütlichen Abend zu verbringen. Eine Parkzeit von 1 bis 1.5 Stunden ist daher sowohl damals, wie heute nicht praxisgerecht. Auch wenn die neue Regelung wochentags ein nächtliches Dauerparkieren auf den Friedhofsparkplätzen zwischen 17 und 7 Uhr vorsehen und am Wochenende keine Einschränkung vorsieht, so ist festzuhalten, dass die Anzahl Friedhofsparkplätze an schönen Sommerabenden nicht ausreicht, um den Bedürfnissen gerecht zu werden. Die Stadt ist stolz auf ihre Naherholungszonen, wozu auch die Anlage Vogelau zählt. Es darf nicht sein, dass deren unbürokratische Benutzung unnötiger Paragraphenreiterei zum Opfer fällt!"

Martin Müller (DP) erklärt, dass es rund 9 - 10 Jahre her sei, seit der Stadtrat ein gleiches Projekt vorlegte. Damals gab es Interventionen im Parlament. Es wurden Gründe vorgelegt, welche gegen das Projekt sprachen. Der Stadtrat hat dieses damals entsprechend zurückgezogen.

Jetzt liegt wieder ein solches Gesuch vor. Die Publikation in der Limmattaler Zeitung ist erfolgt. Zum Projekt stellen sich die selben Fragen wie damals. Als Schrebergärtner oder Kleintierzüchter empfängt man gelegentlich Besuch. Die Parkzeiten in der Blauen Zone reichen leider nicht aus. Die Parkplätze sind immer voll belegt; es bestehen keine alternativen Parkmöglichkeiten.

Die Stadt ist stolz auf ihre Naherholungszonen. Es wäre schade, wenn darauf verzichtet würde.

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

Gemeinderat Stephan Wittwer habe sich dahin gehend geäussert, dass man nicht gegen die Blaue Zone sei. Aber die Parkplätze würden von Pendlern aus dem Aargau als Park-and-ride-Zone genutzt. Dem ist jedoch nicht so. Die Parkplätze werden grösstenteils durch Angestellte der Stadt, aus dem Schulhaus Wolfsmatt oder aus der Freizeitanlage Chrüzacher genutzt. Für Private bestehen Auflagen, welche erfüllt werden müssen. Für die Stadt gilt das offenbar nicht. Aus damaliger Sicht war die Berechnung der Lehrerparkplätze sicher richtig. Aus heutiger Sicht stimmt diese nicht mehr.

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

B1.73.3. Verkehrsplan

140591

Gesamtverkehrskonzept

Begründung Interpellation

Stephan Wittwer (SVP), Mitglied des Gemeinderates, und 17 Mitunterzeichnende haben am 29. März 2014 folgende Interpellation eingereicht:

"In der Limmattaler Zeitung vom 25. März 2014 wurde die Bevölkerung darüber informiert, dass der Stadtrat von Dietikon einen Kredit über Fr. 236'000.00 bewilligte und den Auftrag einer Planungsfirma vergeben hat. Diese Informationen veranlassen mich, folgende Fragen zu klären:

1. *Warum wurde die vom Stadtrat gegründete Begleitgruppe städtisches Gesamtverkehrskonzept nicht vorgängig über das weitere Vorgehen orientiert?*
2. *Warum wurde die Begleitgruppe, für eine vorgängige Bedürfnisabklärung, nicht durch den Stadtrat einberufen?*
3. *Welche Vorgaben wurden betr. ÖV, MIV, Velorouten, verkehrsfreie Zonen, Parkplätze etc. vom Stadtrat dem Planungsbüro gemacht?*
4. *Ist die städtische Verwaltung von Dietikon nicht in der Lage, selbst ein Gesamtverkehrskonzept für Dietikon zu erstellen?*
5. *Wenn ja, welche Kosten hätte eine "Eigenproduktion" ausgelöst?*
6. *Ist der Stadtrat der Ansicht, dass ein Gesamtverkehrskonzept besser und aussagekräftiger wird, wenn es durch ein auswärtiges Planungsbüro erstellt wird?"*

Mitunterzeichnende:

Burtscher Rochus	Burri Erich	Lips Werner	Wyss-Tödtli Esther
Erni Markus	Hogg Werner	Howald Daniela	Dopler Karin
Florian Alfons	Müller Martin	Müller Philipp	Studer Roger
Müller Raphael	Lips Konrad	Siegrist Reto	Felber Anton
Romer Martin			

Stephan Wittwer (SVP) erklärt, dass die Begleitgruppe Gesamtverkehrskonzept bereits besteht. Daneben gibt es eine Begleitgruppe "Planungsprozess Gebiet Niderfeld", den Runden Tisch Limmattalbahn, den Runden Tisch "Verkehr im Zentrum". Es ist erstaunlich, was für ein Aufwand betrieben wird. Es besteht der Verdacht, dass der Stadtrat mit den eingeleiteten Massnahmen den Gemeinderat und die Bevölkerung ruhig stellen, aber selber keine Verantwortung übernehmen will.

Am Runden Tisch "Verkehr im Zentrum" waren bereits 2003 sämtliche Beteiligten wie SBB, Kanton, VBZ, BDWM, Post, City-Vereinigung, Pro Velo und die Politik, vertreten. Damals ging es darum, eine Auslegeordnung in Bezug auf die Verkehrsproblematik zu machen. Ziel war es, kurz-, mittel- und langfristige Ziele zu definieren, diese umzusetzen und in die Regierungsrichtlinien einfließen zu lassen. Das Teilkonzept Verkehr im Zentrum besteht seit 2003. Schon damals gelangte man zur Erkenntnis, dass weitere schienen-gebundene Verkehrsträger vom Bahnhof über die Weiniger- und Überlandstrasse geführt werden müssen, weil im Zentrum kein Platz mehr vorhanden ist. Es fragt sich, weshalb sich der Stadtrat nicht vehement dafür eingesetzt hat, dass die Linienführung der Limmattalbahn gestützt auf dieses Teilkonzept festgelegt wird.

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

Die Motion von Josef Wiederkehr von Mai 2011 verlangte vom Stadtrat eine Linienführung der Limmattalbahn, die für alle Verkehrsteilnehmer verträglich ist. Im Dezember 2011 reichte Samuel Spahn ein Postulat zur Überdeckung der Überlandstrasse ein. Dieses Postulat fand Unterstützung über alle Parteien. In den letzten Jahren wurden diverse Vorstösse betreffend öffentlicher Verkehr, motorisierten Individualverkehr, Velorouten, Fussgängerzonen, Parkraum und Parkleitsysteme eingereicht.

Der Stadtrat ist längst in der Pflicht, sich einem Verkehrskonzept zu widmen, ohne weitere Verzögerungen. Die erste Sitzung der Begleitgruppe über das Gesamtverkehrskonzept findet am 8. Juli 2014 statt. Es erstaunt, dass der Stadtrat zum jetzigen Zeitpunkt eine Planungsfirma beizieht und dafür einen Kredit in der Höhe von Fr. 236'000.00 spricht, obwohl genügend Studien bestehen. Auch die Bauabteilung könnte die Planung für ein Gesamtverkehrskonzept übernehmen. Externe Berater in der Stadtverwaltung nehmen allmählich Überhand, mit dem Ergebnis, dass niemand die Verantwortung übernehmen will, wenn etwas schief geht. Dietikon wächst weiter, und die neu entstehenden Stadtteile müssen sorgfältig eingebunden werden. Die Stadtverwaltung kennt die Zusammenhänge besser als ein externer Berater, welcher mit der örtlichen Situation nicht vertraut ist.

Es bleibt zu hoffen, dass der Stadtrat nicht die Verkehrssituationen aus Schlieren oder Regensdorf zum Vorbild nimmt, wo die Transitstrassen Stadtteile trennen und hässliche Betonschluchten entstanden sind.

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

GV4.321.7. Reden, Ansprachen, Erklärungen

Verabschiedung Johannes Felber

Gemeinderatspräsidentin Christiane Ilg verabschiedet an der heutigen Sitzung mit einer Würdigung seiner Verdienste den ehemaligen Sozialvorstand Johannes Felber, welcher sich entschieden hat, nach 12 Jahren als Stadtrat von der politischen Bühne abzutreten.

Johannes Felber gehörte von 1986 bis 1998 dem Dietiker Parlament an. Als Nachfolger von Karl Geiger wurde er 2002 in den Stadtrat gewählt und hat dabei das Sozialdepartement übernommen. Diesem Ressort ist Johannes Felber während seiner gesamten Amtsdauer treu geblieben. Mit grossem Engagement und Respekt hat er diese anspruchsvolle und vielschichtige Aufgabe übernommen. Oft musste er als Prügelknabe herhalten, wenn die Sozialausgaben kontinuierlich anstiegen. In der Zeit von 2002 bis 2012 sind die Fallzahlen von anfänglich 560 Fällen auf 1'200 Fälle angestiegen. Gesetzesänderungen haben sich entsprechend auf die Sozialabteilung ausgewirkt.

Johannes Felber hat sich nie vor Auseinandersetzungen gescheut. Er ist immer zu seinen Ansichten gestanden. Erfolgreich hat er viele Projekte umgesetzt; so zum Beispiel der Aufbau der schul- und familienergänzenden Betreuung, die Einführung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB, das Integrationsprojekt DOCK im Limmattal, das Beschäftigungsprogramm für Asylbewerber, die Projekte Autark und Travo.

Gemäss einem Interview in der Limmattaler Zeitung hat sich Johannes Felber vorgenommen, während drei Legislaturdauern dem Stadtrat anzugehören: eine zum Lernen, eine zum Umsetzen und eine, um sie zu geniessen. Die Lernphase war dann etwas kürzer, das Umsetzen hat entsprechend mehr Zeit beansprucht und für den Genuss blieb dann etwas weniger Zeit.

Für das Engagement im Stadtrat und für den Einsatz für Dietikon bedankt sich Christiane Ilg-Lutz im Namen des Gemeinderates ganz herzlich bei Johannes Felber. Er war immer ein sehr angenehmer Gesprächspartner und hat Anfragen des Parlamentes geduldig, sachlich und kompetent beantwortet und begründet.

Christiane Ilg-Lutz verabschiedet Johannes Felber mit den besten Wünschen für die berufliche und private Zukunft und wünscht ihm alles Gute und viel Erfolg auf dem weiteren Berufs- und Lebensweg.

Johannes Felber bedankt sich herzlich für die Würdigung seiner politischen Leistungen. Er sei etwas überrascht gewesen über die Einladung. Zuerst mache man ihn müde, und dann wolle man ihn doch wieder mit Lob überschütten. Den Dank nimmt Johannes Felber gerne entgegen, in der Hoffnung, dieser sei als Dank für seine Leistung zu verstehen und nicht, weil man froh sei, dass er endlich gehe.

Johannes Felber ist überrascht, wie schnell der Alltag nach seiner Zeit als Stadtrat eingekehrt sei. Man hat wieder mehr Freizeit und kann sich kaum mehr vorstellen, wie es vorher gewesen sei.

Geblichen aus der Zeit als Stadtrat sind ihm lediglich die morgendliche Renntour mit dem Finanzvorstand Rolf Schaeren. Allerdings kann dabei nicht mehr politisiert werden, das ist tabu. Also musste man sich halt andere Themen suchen.

Weiter stellt Johannes Felber fest, dass es ein Privileg sei, hier in einem politischen Amt zu walten. Hier wird Demokratie gelebt, werden die Geschicke der Stadt bestimmt. Sowohl als Stadt- wie auch als Gemeinderat hat er die grossartige Präsenz geschätzt. Die sollte eigentlich selbstverständlich sein, ist es jedoch nicht. Dafür gebührt der Dank an Alle!

3. Sitzung vom 22. Mai 2014

Wer sich aktiv einbringt, sieht aber auch immer wieder die Grenzen der Machtfülle. Das kann zwar ärgerlich sein, gehört aber dazu und ist in unserem politischen System erwünscht.

Demokratie ist diejenige Staatsform, welche die Unzufriedenheit am gleichmässigsten verteilt. Die Macht des Stadtrates wächst proportional zur Unzufriedenheit des Parlamentes.

Johannes Felber hat einen grossen Teil seiner Freizeit der Politik gewidmet. Das war nicht immer einfach, aber er hat schlussendlich das gemacht, was möglich war. Jetzt werden aber andere Prioritäten gesetzt.

Zum Abschied wünscht Johannes Felber dem Parlament viel Lust am Gestalten, mit viel Herz- und Bauchgefühl, und wenn es noch reicht, auch mit Sachverstand.

Schluss der Sitzung: 21.45 Uhr

Die Richtigkeit des Protokolls bezeugen:

Christiane Ilg-Lutz
Präsidentin

Uwe Krzesinski
Sekretär

Rosmarie Joss
Stimmzählerin

Philipp Müller
Stimmzähler

Catalina Wolf-Miranda
Stimmzählerin